

sanken die Einkommen preisbereinigt sogar um 4%. Gleichzeitig haben sich die regionalen ländlichen Einkommensunterschiede vergrößert. Im letzten Jahr beispielsweise betrug das durchschnittliche ländliche Pro-Kopf-Einkommen in den ländlichen Außenbezirken von Shanghai und Beijing 1.379,87 Yuan bzw. 1.230,56 Yuan, in Gansu und in Shaanxi dagegen 365,89 bzw. 433,67 Yuan. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S. 315) Während die Bauern in den Außenbezirken der Städte Shanghai, Beijing, Tianjin und in der Provinz Zhejiang die höchsten Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, ist das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Einwohner in Guangdong, Hainan und Shanghai am höchsten. (XNA, 12.9.90; SWB, 3.10.u.19.12.90)

Zum unterschiedlichen Niveau des Lebensstandards tragen außerdem die zahlreichen lokal und branchenmäßig variierenden Subventionen bei, die Beschäftigte in Industriebetrieben und öffentlichen Institutionen erhalten. So beträgt nach offiziellen Angaben die durchschnittliche Höhe der Wohlfahrtssubventionen landesweit 347,1 Yuan jährlich pro Kopf, das sind 53,82% des Basiseinkommens der Beschäftigten. Die durchschnittliche Höhe der direkten Subventionen in Form von Geldzahlungen einschließlich der Subventionen für Transport und Heimreisen beträgt 23,38 Yuan und von nicht-monetären Leistungen für Wohnung, Heizung und medizinische Versorgung 201,13 Yuan jährlich. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten pro Kopf indirekte Subventionen von 119,59 im Jahr. Im Vergleich zum landesweiten Durchschnitt erfreute sich ein Arbeiter in Beijing jährlichen Subventionen von durchschnittlich 621,61 Yuan im Jahre 1987, 792,7 Yuan im Jahre 1988 und über 950 Yuan im Jahre 1989. Die Höhe der monetären Zahlungen für Wohlfahrtsleistungen eines Arbeiters in Beijing betrug 1988 147 Yuan und von nicht-monetären Leistungen 262,13 Yuan im Jahr. (RMRB, 23.12.90) -schü-

\*(29)

#### Wasserpreise in den ländlichen Gebieten erhöht

Um eine ausreichende Finanzierung bestehender Bewässerungsprojekte zu garantieren, werden die Wasserpreise für die ländlichen Nutzer in diesem

Jahr angehoben. Durch eine Verdoppelung der Preise von derzeit 0,025 Yuan pro cbm wollen die entsprechenden Verwaltungsstellen Finanzmittel in Höhe von 2-2,5 Mrd. Yuan einziehen und diese für die Unterhaltung und Reparatur von Bewässerungsanlagen aufwenden. Die lokalen Verwaltungsstellen sollen das Recht erhalten, bei Nichtzahlung der Wassergebühren die Lieferungen zu beschränken oder auszusetzen.

Erst mit der Einführung der Haushalts-Vertragssysteme wurden Gebühren für die Wassernutzung erhoben. In den letzten Jahren soll vor allem das Problem der steigenden Wassernutzung der Bauern ohne entsprechende Zahlung der Wassergebühren zugenommen haben. Dadurch habe sich das Problem mangelnder Finanzmittel für die Unterhaltung und Reparatur der überwiegend in den 50er und 60er Jahren gebauten Bewässerungssysteme verschärft. Nach offiziellen Angaben werden hierfür jährlich mehr als 4 Mrd. Yuan benötigt; hiervon übernimmt der Staat einen Anteil von 500 Mio. Yuan. (XNA, 19.1.91) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(30)

#### Besuch des französischen Industrieministers in Taiwan

Eine 28köpfige französische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Industrieministers Roger Fauroux hielt sich vom 5. bis 10. Januar in Taiwan auf. Es war der erste Besuch eines französischen Ministers in Taiwan seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Taipei 1964 infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Beijing.

Neben der Teilnahme an der Konferenz für Wirtschaftszusammenarbeit beider Seiten hat Minister Fauroux Gespräche mit Taipeis Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent C.Siew), Außenminister Qian Fu (Fredrick F.Chien), Ministerpräsident Hao Baicun (Hau Pei-tsun) und Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) geführt. Li Denghui bezeichnete

den Besuch der französischen Delegation als einen neuen Meilenstein in den Beziehungen zwischen Taipei und Paris. Doch in der Öffentlichkeit äußerte sich Fauroux sehr zurückhaltend über die politische Bedeutung seines Besuches.

Frankreich, das inzwischen den Auftrag für den Bau der U-Bahn in Taipei erhalten hat, bemüht sich darüber hinaus auch um Beteiligung an mehreren anderen Großbauprojekten in Taiwan wie z.B. an einem neuen Kernkraftwerk, einer Hochgeschwindigkeitsbahn, an Umweltschutzeinrichtungen sowie an der Entwicklung der Raumfahrtforschung im Rahmen des neuen Sechsjahresplanes. Vor einiger Zeit wollte Paris Kriegsschiffe an Taiwan verkaufen. Infolge scharfer Proteste aus Beijing ist das Geschäft aber schließlich gescheitert. Am 10. Januar hat der Sprecher des Beijinger Außenministeriums den Besuch von Industrieminister Fauroux in Taiwan öffentlich verurteilt. Der Besuch wurde als eine Verletzung der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Beijing sowie als ein Widerspruch der von der französischen Regierung zugesagten "Ein-China-Politik" bezeichnet. (LHB und CP, 5.-11.1.91, ZZ, No.85, 18.1.91, S.5-6; Xinxuwen, Tapei, No.201, 14.-20.1.91, S.66 f.) -ni-

\*(31)

#### "Urlaubs-Diplomatie"

In Taiwans Außenpolitik ist neben den verbreitet verwendeten Bezeichnungen wie "pragmatische Diplomatie" (wushi wajijiao) und "flexible Diplomatie" (tanxing wajijiao) nun eine neue Terminologie hinzugekommen: "Urlaubs-Diplomatie" (dujia wajijiao). Vom 26. bis 29. Dezember 1990 hielt sich Ministerpräsident Hao Baicun (Hau Pei-tsun) in Singapur auf, das im letzten Oktober diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte, wobei Taipei gezwungen wurde, den Namen seiner Handelsvertretung in dem Stadtstaat zu ändern, d.h. die Staatsbezeichnung "Republik China" wegzulassen. Doch die engen substantiellen Beziehungen Singapurs mit Taiwan bleiben davon unberührt. Offenbar um dies zu artikulieren, wurde Hao vom Altministerpräsidenten Singapurs, Lee Kuan Yew, eingeladen, einen "privaten Urlaub" in dem Stadtstaat zu verbringen.

Auf seiner "privaten Urlaubsreise" wurde Hao von 16 taiwanesischen Beamten einschließlich seines Regierungssprechers Shao Yuming (Shaw Yu-ming) begleitet. Neben dem Ex-Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew hat auch Singapurs neuer Ministerpräsident, Goh Chok Tong, den prominenten "Urlauber" aus Taiwan als "alten Freund" empfangen - natürlich ohne diplomatisches Protokoll. Während seines viertägigen Aufenthalts hat Hao Umweltschutzmaßnahmen, Sozialwohnungen, die U-Bahn und andere öffentliche Einrichtungen in Singapur besichtigt. Darüber hinaus besuchte er auch einen KTV-Nachtklub, jedoch nicht zu seinem Vergnügen, sondern im Hinblick auf die KTV-Reform in Taipei.

Nach seiner Rückreise äußerte Hao auf einer Pressekonferenz seine Begeisterung über die politische Effektivität sowie über die gute Zusammenarbeit zwischen den Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganen in dem Stadtstaat. Er appellierte an Taiwan, vom Singapur-Modell zu lernen. Außerdem lobte er die "Urlaubs-Diplomatie" als einen neuen Weg für Taiwan zur Entwicklung der substantiellen Beziehungen mit Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Noch im zweiten Halbjahr 1991 soll auch Präsident Li Denghui zur "Urlaubs-Diplomatie" antreten. (LHB, 30./31.12.90; Xinxinwen, Taipei, No.199, 31.12.90-6.1.91, S.40) -ni-

\*(32)

#### **Ehemaliger Geheimdienstchef Wang Xiling aus dem Gefängnis entlassen**

Anlässlich des 80. Gründungstages der Republik China wurden in Taiwan die Strafen mit wenigen Ausnahmen allgemein herabgesetzt. 5.568 Häftlinge wurden zum Neujahr, d.h. am ersten Tag nach Inkrafttreten des Begnadigungsgesetzes, aus dem Zuchthaus entlassen. (ZZ, No.84, 11.1.91, S.6; LHB, 3.1.91)

Am 21. Januar wurden auch drei prominente Gefangene auf freien Fuß gesetzt, nämlich der ehemalige militärische Geheimdienstchef, Vize-Admiral Wang Xiling (Wong Hsi-ling), und zwei Bosse der größten Gangsterorganisation Taiwans, der "Bambusunion", Chen Qili (Chen Chi-li) und Wu Dun (Wu Tun), die wegen Mordes an Jiang

Nan (Pseudonym von Liu Yiliang) vor fünf Jahren jeweils zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt worden waren.

Jiang Nan, der 1967 aus Taiwan in die USA ausgewandert war und die US-Staatsangehörigkeit erworben hatte, wurde am 15. Oktober 1984 in der Garage seines Hauses in Daly City bei San Francisco erschossen. Aufgrund seiner in zahlreichen chinesischsprachigen Zeitungen in Hongkong und in den USA veröffentlichten kritischen Artikel über die Guomindang-Regierung in Taiwan und vor allem aufgrund seines Buches "Biographie von Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo)" gab es schon von Anfang an den Verdacht eines politischen Mordes. Die Regierung in Taiwan dementierte damals zunächst strikt jegliche Verbindung mit dem Fall. Nachdem das amerikanische FBI auf die heiße Spur gekommen war, verhaftete Taiwan zunächst Chen und Wu, später auch Wang Xiling und zwei andere hochrangige Offiziere des militärischen Geheimdienstes, die den Befehl für den Mord gegeben hatten. Chen und Wu gehörten ebenfalls dem militärischen Geheimdienst Taiwans an. Jiang Nan soll selbst ein dreifacher Agent gewesen sein, der für den Geheimdienst Taiwans, Beijings und der USA arbeitete.

Wie schon während seines Prozesses widersprach Vize-Admiral Wang nach seiner Freilassung wiederum der Regierungsthese, daß er aus persönlichen Gründen an Jiang Nan Rache genommen habe. Sowohl Wang als auch die beiden Mittäter wollen sich über die Einzelheiten des Mordfalls nicht mehr weiter äußern. Es besteht noch immer der Verdacht, daß der Sohn Jiang Jinguos, Jiang Xiaowu, zur Zeit Vertreter Taipeis in Tokyo, in den Fall verwickelt ist. Um diesem Skandal ein Ende zu bereiten und einen weiteren Verlust des Images der Regierung zu verhindern, hat Taipei der Witwe Jiang Nans Ende September 1990 1,45 Mio. US\$ Schmerzensgeld gezahlt. Daraufhin wurde die Entschädigungsklage vor einem Zivilgericht der USA gegen die Regierung Taipei von der Wirwe zurückgezogen. (Vgl. LHB und CP, 22.1.91; Xinxinwen, No.203, 28.1.-3.2.91, S.25 ff.; C.a. Dezember 1991, Ü 33, S.931) -ni-

\*(33)

#### **Sechsjahresplan für den "großen Sprung nach vorn"**

Das Exekutiv Yuan (Kabinett) hat am 31. Januar den Sechsjahresplan für den nationalen Aufbau 1991-1996 beschlossen. Gemäß diesem Plan soll das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt (BSP) Taiwans innerhalb dieses Zeitraums von 7.999 US\$ auf 13.995 US\$ steigen; damit würde Taiwan weltweit die 20. Stelle einnehmen (1990: 25. Stelle und 1980: 43. Stelle) und zum entwickelten Industrieland werden.

Der Sechsjahresplan hat vier Hauptziele, nämlich Anhebung des Volkseinkommens, Verstärkung des Industriepotentials, Nivellierung der regionalen Entwicklungen und Verbesserung der Lebensqualität. Er umfaßt über 775 Projekte mit einer Gesamtkostenveranschlagung von 8.200 Mrd. NT\$ (z.Z. 27,10 NT\$ = 1 US\$), davon entfallen 33,7% auf Verkehr und Kommunikation, 12,1% auf Energieerschließung, 11,3% auf städtischen Wohnungsbau, 9,6% auf Sozialpolitik, 9,5% auf Kultur und Bildung, 5,4% auf Bewässerung und Hochwasserschutz und 4,1% auf Industrie. Zur Aufbringung des Investitionsvolumens muß die öffentliche Hand aller Regierungsebenen Schulden in Höhe von insgesamt 6.300 Mrd. NT\$ machen.

Über die Belastbarkeit des ehrgeizigen nationalen Aufbauplanes hat es heftige Diskussionen gegeben. Skeptiker wiesen darauf hin, daß die durchschnittlichen Jahresausgaben für die Programme im Rahmen des Aufbauplanes mit über 1.400 Mrd. NT\$ fast 1,7fach höher als die Gesamtausgaben der Zentralregierung im laufenden Haushaltsjahr (über 827 Mrd. NT\$) liegen. Ferner heißt es, daß die Schulden für den Aufbauplan bis 1996 bereits 85% des BSP des Jahres ausmachen würden. Einschließlich der alten Verbindlichkeiten und Zinsen dürften die Schulden vom Staat sogar gleich so hoch sein wie das BSP von 1996.

Nach Erklärung der für den Wirtschaftsplan zuständigen Vorsitzenden des CEPD (Council for Economic Planning and Development), Frau Guo Wanrong (Shirley W.Y. Guo), entsprechen die Staatsschulden für den natio-

nenalen Aufbau nur 25% des "totalen Outputs" (normalerweise ist die Summe hiervon nach Guo dreifach höher als das BSP) von 1997, weit hinter den diesbezüglichen Schuldensätzen der USA und Japans mit 40 bzw. 60% zur Zeit. Ferner meinte sie, daß im allgemeinen ein Land mit einem Pro-Kopf-BSP von 6.000 US\$ anfangen sollte, die öffentlichen Investitionen durch erhöhte Kreditaufnahmen vom Staat zu erweitern. Dies sei für Taiwan dringend erforderlich, weil sein Pro-Kopf-BSP bereits knapp 8.000 US\$ erlangt habe und seine Straßen z.B. mit Autos fast verstopft seien. Sie betonte zugleich, daß im Rahmen des Sechsjahresplans ein Teil der öffentlichen Investitionen auch Gewinne bringen könne und ein Teil der Bauprojekte an die private Wirtschaft übergeben werden dürfe. Dazu habe die Regierung vor, einen Teil der Aktien von öffentlichen Unternehmen zu veräußern. Ferner wies der CEPD darauf hin, daß 4.900 Mrd.NT\$ des 8.200 Mrd.NT\$-Gesamtkapitalbedarfs in dem Sechsjahresplan für die Fortsetzung der noch nicht beendeten Bauarbeiten der 1984 beschlossenen 14 Großbauprogramme seien; die Kosten der neuen Projekte hätten nur einen Anteil von über 3.200 Mrd.NT\$.

Zur Zeit haben die ausstehenden Anleihen der Zentralregierung nach Angaben des Schatzmeisters der Staatskasse, Wang Rongzhou (Wang Jungchou), einen Anteil von 18,4% an den Gesamtausgaben vom laufenden Budgetjahr, weit niedriger als die von Südkorea und Singapur mit einem Anteil von 57,2% bzw. 269,7%. Er hat ebenso wie Frau Guo keine Bedenken gegen eine Schuldenexpansion des Staates zur Finanzierung des Sechsjahresplans. Dagegen befürchtet Finanzminister Wang Jianxuan (Wang Chien-shien) in Hinsicht auf die staatliche Finanzkraft eine Überstrapazierung durch das gigantische Schuldenvolumen von 6.300 Mrd.NT\$. Außerdem ist die Durchführbarkeit eines Teils des Sechsjahresplans für den nationalen Aufbau im Hinblick auf den seit einigen Jahren herrschenden Arbeitskräftemangel und den zunehmenden Widerstand der Umweltbewegung nicht ohne Schwierigkeit. Zahlreiche alte Großprojekte haben deswegen nicht rechtzeitig begonnen bzw. nicht abgeschlossen wer-

den können. (LHB, 1., 13./14. und 27.12.90, 4.-5. und 7.1.91, 1.2.91; ZYRB, 26. und 28.12.90, 2.2.91; ZZ, No.85, 18.1.91, S.6 und 11, No.88, 8.2.91, S.4; Xinxiwen, Taipei, No.199, 31.12.90-6.1.91, S.58, No.200, 7.-13.1.91, S.88 f., No.201, 14.-20.1.91, S.72 f.) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(34)

### Zuspitzung des sino-britischen Streits um das Bauprojekt Hongkonger Flughafen

Vom 10. bis 12. Januar hielten Experten aus China und Hongkong die zweite Gesprächsrunde über den Bau eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong. Wie berichtet (C.a. Oktober 1989, Ü 53, S.777 f. und Dezember 1990, Ü 38, S.933 f.), plant die Hongkonger Regierung, im Gebiet von Chek Lap Koh mit riesigen zusätzlichen Landaufschüttungen zwischen Chek Lap Koh und Lantau einen neuen internationalen Flughafen zur Entlastung des jetzigen Kai-Tak-Flughafens, dessen Kapazität bald ausgeschöpft sein wird, zu bauen. Neuesten Berechnungen der Regierungsseite zufolge liegen die Kosten allein für den neuen Flughafen bei 38 Mrd.HK\$ (rd. 7,80 HK\$ = 1 US\$). Ein weiterer Betrag von 41 Mrd.HK\$ ist nach den neuen Voranschlägen für die Straßenanbindung des Flughafens an die Stadt erforderlich, womit sich die in unmittelbarer Verbindung zu dem Großbauprojekt eingeplanten Gesamtkosten auf 79 Mrd.HK\$ belaufen. Rechnet man die geplante Schnellbahn sowie andere Nebenprojekte wie eine Satellitenstadt in der Umgebung des Flughafens und zwei neue Container-Terminals hinzu, wird der erforderliche Gesamtaufwand für die Durchführung des Regierungsplans 160 Mrd.HK\$ statt der ursprünglich kalkulierten 127 Mrd.HK\$ übersteigen.

Weil die Bauzeit des neuen Flughafens über 1997 - das Jahr, in dem Hongkong an China zurückgegeben wird - hinausreicht, hatte die Regierung in Beijing große Bedenken gegen das

kostspielige Investitionsprogramm geäußert. Sie beklagte sich darüber, daß sie von der Hongkonger Regierung keine ausreichenden Informationen über das Mammutprojekt bekommen habe. Es besteht nicht nur auf der chinesischen Seite, sondern auch bei vielen Experten in Hongkong die Befürchtung, daß die Umsetzung der Baupläne die Finanzkraft Hongkongs bei weitem übersteigen würde und man erst nach 1997 die Zeche werde zahlen müssen. Im letzten Oktober hatte die Hongkonger Regierung eine chinesische Expertendelegation zu Informationsgesprächen nach Hongkong eingeladen; ein Konsensus wurde jedoch nicht erzielt.

Die Meinungsverschiedenheiten erreichten einen Höhepunkt auf der zweiten Expertengesprächsrunde beider Seiten; die Sitzung wurde beinahe abgebrochen. Auf einer Pressekonferenz nach dem Zusammentreffen am 12. Januar attackierte der amtierende Leiter der chinesischen Gruppe und Direktor des Forschungsinstituts für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem Staatsrat, Luo Jiahuan, die britische Seite mit sehr scharfen Worten. Er warf der Hongkonger Regierung vor, daß sie mit dem kostspieligen Großbauprojekt intransparent sei und unverantwortlich handle. Er betonte das chinesische Mitspracherecht bei dem Bauvorhaben des neuen Flughafens, weil es erst nach 1997 fertiggestellt werden kann. Ferner meinte er, daß Beijing jetzt auch in der Verantwortung stehe, für die Interessen der Hongkonger Bevölkerung gegenüber der britischen Kolonialregierung zu sprechen. Erst nach 1997, wenn die Sonderverwaltungszone Hongkong unter chinesischer Souveränität gegründet werde, könne Hongkong aufgrund seiner Autonomie über Bauprojekte allein entscheiden, ohne dabei eine Einmischung von Beijing befürchten zu müssen. Er warnte die Briten davor, in Hongkong in der letzten Phase eine "unrühmliche Tat" durch die mangelnde Kooperationsbereitschaft mit China beim Bau des neuen Flughafens zu hinterlassen.

Der Ärger auf chinesischer Seite ist darauf zurückzuführen, daß sich die britische Seite nach wie vor weigert, einen Finanzierungsplan für das Bauvorhaben des neuen Flughafens vorzulegen. Darüber hinaus hatten die Experten der Hongkonger Regierung